

NEWSLETTER

POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 02. Dezember 2022



Inhalt

Leitantrag der
Woche

Weitere Initiativen
der Sitzungswoche

Terminrückschau
Weinprobe mit der
Frauenunion der
MIT

Terminvorschau

CDU

Liebe Leserinnen und Leser,

wir nähern uns dem Jahreswechsel, zu dem die Ampel mit dem Jahressteuergesetz 2022 eine Änderung der steuerlichen Bewertung von Immobilien und Grundstücken plant. Die Freibeträge bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer will sie hingegen nicht anpassen. Damit droht in vielen Fällen eine höhere Erbschaft- und Schenkungsteuer. Derartige Steuererhöhungen durch die Hintertür lehnen wir ab. Das Elternhaus muss in der Familie weiterhin steuerfrei vererbt werden können.

In einer Aktuellen Stunde haben wir uns in dieser Sitzungswoche mit den Plänen der Bundesregierung zu einer schnelleren Einbürgerung befasst. Geplant ist eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, dabei sollen insbesondere die Voraussetzungen für die Einbürgerung abgesenkt werden. Die CDU/CSU sieht in diesem Punkt keinen Reformbedarf. Für uns ist der Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft ein Zeichen für eine erfolgreiche Integration und ein gutes, gesellschaftliches Zusammenleben.

Zum 90. Jahrestag des Holodomor hat der Deutsche Bundestag den über 3 Millionen Ukrainern, die diesem stalinistischen Gewaltverbrechen zum Opfer gefallen sind, gedacht. Gezielter Hunger und Vertreibung waren die Instrumente Stalins zur Durchsetzung seines politischen Ziels: dem Ende der ukrainischen Nation. Mit der Anerkennung des Holodomor als Völkermord setzt der Bundestag an diesem Jahrestag ein wichtiges Zeichen.

Über die weiteren Themen der Sitzungswoche berichte ich Ihnen im Folgenden. Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien einen besinnlichen 2. Advent und eine schöne Vorweihnachtszeit. Alles Gute und bleiben Sie gesund.

Ihr

Hermann Färber
Hermann Färber MdB



Keine Erbschaftssteuer durch die Hintertür

Christian Lindner sagte erst vor ein paar Tagen, dass es mit dieser Koalition und ihm als Bundesfinanzminister keine Steuererhöhung geben wird. Tatsache ist aber, dass das erste Steuergesetz dieser Ampelkoalition die Erhöhung der Steuern bei den Landwirten war, als die Vorpauschalierungssätze geändert wurden. Im Jahressteuergesetz wurde diese Woche jetzt die nächste Steuererhöhung beschlossen, die sogenannte Übergewinnbesteuerung, die bei der Ampel „Energiekrisenbeitrag“ heißt.

Und jetzt soll auch noch die Steuererhöhung der Erbschaftssteuer kommen: Die Bundesregierung ändert mit dem Jahressteuergesetz 2022 die steuerliche Bewertung von Immobilien und Grundstücken zum Jahreswechsel, ohne jedoch die Freibeträge bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer, die zuletzt 2009 erhöht worden sind, anzupassen. Damit droht in vielen Fällen eine höhere Erbschaft- und Schenkungsteuer. Betroffen sind alle Immobilienarten: Wohnungen, Häuser und auch Grundstücke. Die CDU/CSU-Fraktion lehnt diese Pläne der Ampel ab, denn es bedeutet eine Steuererhöhung durch die Hintertür.

Hinzu kommt, dass in vielen Regionen Deutschlands schon jetzt die allgemeinen Freibeträge angesichts der stark gestiegenen Immobilienwerte nicht mehr ausreichen, um ein Elternhaus steuerfrei zu erben. Und wir reden hierbei über “normale” Einfamilienhäuser und nicht über so genannte Luxusimmobilien.

Unsere Forderung ist daher, die notwendig gewordene Neubewertung von Immobilien mit einer Erhöhung der allgemeinen Freibeträge zu verknüpfen. Angesichts dramatisch gestiegener Immobilienpreise sehen wir eine Erhöhung der allgemeinen Freibeträge um 65 % geboten. Wenn eine Erhöhung der Freibeträge nicht in diesem Jahr umgesetzt werden kann - was unserer Meinung nach nicht zwingend notwendig ist - dann muss die Ampel diese steuerlichen Pläne verschieben. Wir wollen, dass auch in Zukunft Familien in der Lage sind, das eigene Haus im Eigentum zu behalten und an ihre Angehörigen zu vererben.

Zudem sollten auch die im Bundesrat thematisierten Maßnahmen wie eine Regionalisierung der Freibeträge aufgegriffen werden. Angemessen und sinnvoll sehen wir auch eine regelmäßige Evaluierung der bewertungsrechtlichen Wertansätze für Grundvermögen.

Links

Link zur Debatte: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw48-de-erbschaftssteuererhoehung-924036>

Link zum Antrag der CDU/CSU: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/046/2004674.pdf>



Bildquelle: Hermann Färber.

Aktuelle Stunde auf Verlangen der CDU/CSU: Pläne der Bundesregierung zur schnelleren Einbürgerung

Die Bundesregierung plant eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts und will dabei insbesondere die Voraussetzungen für die Einbürgerung – also den Erhalt des deutschen Passes – absenken. Die bisherige Staatsangehörigkeit soll bei der Einbürgerung stets beibehalten werden können.

Seit Jahren sind wir eines der wichtigsten Aufnahmeländer für Flüchtlinge weltweit. Hierzulande leben 2,2 Mio. Menschen, die im Kontext der Asylmigration zu uns gekommen sind. Die große Mehrheit davon ist schutzberechtigt und auf einem guten Weg, sich in den Arbeitsmarkt und unsere Gesellschaft zu integrieren. Zugleich stellt die Integration die Länder und Kommunen vor große Herausforderungen, welche oftmals nur durch das ehrenamtliche Engagement unserer Bürgerinnen und Bürger zu stemmen sind.

Voraussetzung für die gesellschaftliche Akzeptanz für das Asylrecht ist eine konsequente Gesetzgebung. Bisherige Kernziele waren daher die Beschleunigung von Asylverfahren, die Integration der Schutzberechtigten, die Durchsetzung der Ausreisepflicht bei nicht schutzberechtigten Menschen, sowie pragmatische Lösungen für gut integrierte Einzelfälle. Nur mit einer gelungenen Integration erhalten wir die Akzeptanz der Bevölkerung.

Im Deutschen Asyl- und Aufenthaltsrecht ist verankert, dass ein Aufenthaltstitel durch einen qualifizierten Beruf, eine begonnene Ausbildung oder eine Arbeit in einem erlernten Beruf vergeben werden kann. Darüber hinaus bietet das Recht eine Aufenthaltchance für gut integrierte Jugendliche und Erwachsene. Voraussetzungen sind eine gute Integration, Straffreiheit, eine geklärte Identität und die redliche Mitwirkung im Asylverfahren.

Der Gesetzesentwurf der Ampel bricht nun mit dieser Systematik: Mit der geplanten Reform verkürzt die Bundesregierung die Fristen für die Einbürgerung. Demnach soll ein rechtmäßiger Aufenthalt im Inland von zukünftig nur fünf Jahren, bei besonderen Integrationsleistungen sogar nur drei Jahren, genügen. Darüber hinaus soll auch abgelehnten Asylbewerbern eine Bleibemöglichkeit eröffnet werden, die nicht an der Identitätsklärung mitgewirkt haben oder über ihre Identität getäuscht haben.

Die Einbürgerung steht für die CDU/CSU-Fraktion am Ende eines erfolgreichen Integrationsprozesses – und nicht am Anfang. Mit der deutschen Staatsangehörigkeit sind grundlegende Rechte in unserem demokratischen Gemeinwesen verbunden. Sie ist zudem das stärkste Aufenthaltsrecht und kann grundsätzlich auch nicht wieder entzogen werden. Aber: Der deutsche Pass sollte ein Ansporn für die Integrationsleistung sein und kein Dokument zur freihändigen Vergabe werden. Somit ist das Vorhaben der Bundesregierung für die Union nicht zustimmungsfähig.

Wärmewende versorgungssicher, nachhaltig und sozial gerecht gestalten

Die Entlastungen gegen die steigenden Energiepreise kommen nach wie vor erst mit erheblicher Verzögerung an. Die energiepolitischen Maßnahmen der Bundesregierung vergrößern die Verunsicherung zusätzlich. Um das im Klimaschutzgesetz festgelegte Ziel, Deutschland bis zum Jahr 2045 treibhausgasneutral gestalten, zu erreichen, setzt die Bundesregierung bei der Wärmewende zu einseitig auf Verbote und zu wenig auf Technologieoffenheit.

Rund die Hälfte der Heizungen in Deutschland sei mit einem durchschnittlichen Alter von rund 17 Jahren nicht auf dem neuesten Stand. Zahlreiche Heizungssysteme müssen modernisiert werden. Die CDU/CSU-Fraktion fordert daher eine Strategie, um die Herausforderungen der Wärmewende anzugehen.

Wir fordern, dass die Potenziale von Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) sowie von Lüftungsanlagen mit Wärmerückgewinnung als erneuerbare Energien definiert und ebenso wie Wärmepumpen in der Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) festgeschrieben werden. Zudem sollten energetische Sanierungen durch höhere Förderung erleichtert werden. Auch für einen Ausbau der Gasnetze, damit diese nach dem Ausstieg aus fossilem Gas für Biomethan, andere grüne Gase sowie Wasserstoff (H₂) genutzt werden können, machen wir uns stark.

Unsere weiteren Vorschläge zielen unter anderem auf den Ausbau von Fern- und Nahwärme sowie die Förderung von regionalen, quartiersbezogenen Wärmenetzen, „H₂ ready Gas-Heizkesseln“ und der nachhaltigen Holzenergie im Gebäudesektor. Letztere steht bei den neuesten Vorhaben der Bundesregierung schlecht da: Die Fördersätze für mit Holz und Pellets betriebene Heizungen werden in der BEG deutlich gekürzt und nun droht eine drastische Verschärfung der technischen Mindestanforderungen bei Effizienz- und Emissionsvorgaben sowie der verpflichtende Einbau einer Solaranlage.



Bildquelle: Hermann Färber.

Weinprobe mit der FrauenUnion und der MIT

Schöne Tradition – neu aufgelegt: Begonnen hat alles in meinem ersten Wahlkampf 2013. Die Vorsitzende der FrauenUnion, Christine Fuchs, hatte die Idee einer politischen Weinprobe. Frei nach dem Motto: “Bei einem guten Glas Wein lässt es sich angenehmer über Politik diskutieren.” Diese schöne Idee ist mittlerweile Tradition. Jedes Jahr – die coronabedingte Pause nicht eingerechnet – organisiert Christine Fuchs die Weinverkostung für CDU-Mitglieder und Nicht-Mitglieder und sorgt für ein passendes Ambiente und Menü dazu.

Dieses Jahr fand die Weinprobe auch offiziell im Namen der MIT Kreis Göppingen und dessen Vorsitzendem, Ralf Semmler, statt. Es war ein gelungener Abend im Bad Hotel in Bad Überkingen mit hervorragenden Weinen aus der Region, einem erstklassigen Menü sowie hochinteressanten Gesprächen. Vielen Dank an alle, die zum Gelingen dieser schönen Tradition beigetragen haben!



Terminvorschau

03. Dezember: Jubiläumsfeier 70 Jahre THW Ortsverband Göppingen
04. Dezember: Frühschoppen mit Maximilian Mörseburg MdB, in Obertürkheim zum Thema Landwirtschaft
05. Dezember: Vortrag an der HfWU in Nürtingen mit Rundgang über den Lehr- und Versuchsbetrieb
07. Dezember: Bürgersprechstunde in meinem Wahlkreisbüro in Süßen von 14 bis 17 Uhr - herzliche Einladung!
07. Dezember: Betriebsbesichtigung von TachoControl in der Kuhnbergstr. 31 in Göppingen um 18 Uhr - herzliche Einladung!
09. Dezember: Teilnahme an der Eröffnung der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm
09. Dezember: Gespräch mit dem Handwerk in der Backstube der Bäckerei Edinger in Salach um 18 Uhr - herzliche Einladung!
10. Dezember: Sitzung des Landesfachausschusses Ländlicher Raum in Stuttgart
12. - 16. Dezember: Nächste Sitzungswoche in Berlin

Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: www.hermann-faerber.de

Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

Kontakt

Wahlkreisbüro
Heidenheimer Straße 68, 73079 Süßen
Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 22 77 36 58

Email: hermann.faerber@bundestag.de